

## Musterrede

# 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Am 23. Mai 1989 jährt sich der Tag der Verkündung des Grundgesetzes durch den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, zum vierzigsten Male. Damit begann die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, des friedlichsten und freiheitlichsten Staates, den es je auf deutschem Boden gegeben hat. Wenn wir heute auf diese 40 Jahre zurückblicken, können wir stolz sein auf das Erreichte.

Und als Christliche Demokraten sind wir stolz darauf, diesen Staat wesentlich mitgeprägt zu haben, vor allem durch unsere Politik der Sozialen Marktwirtschaft, durch die Integration in das Bündnis der westlichen Demokratien und durch die Europäische Einigung.

Der Weg, den unser Land in 40 Jahren durchschritten hat, war nicht leicht. Er war gekennzeichnet von der harten Arbeit vieler Menschen. Aber er war so erfolgreich, daß er weltweit bewundert wird und daß man heute im Ausland sogar vom „Modell Deutschland“ spricht. Die Deutschen neigen anscheinend dazu, sich selbst kritischer und ihre eigene Lage pessimistischer zu sehen als alle anderen.

Aber im Ernst: Wie geht es uns denn heute wirklich? Hätte nach dem Krieg jemand angesichts von Not und Trümmern davon zu träumen gewagt, daß uns Deutschen 40 Jahre später sogenannte Wohlstandsprobleme beschäftigen würden?

Vor 40 Jahren waren wir Deutschen weltweit isoliert. Hätte jemand damals vorherzusagen gewagt, daß wir heute in alle Welt reisen und allein für Auslandsurlaube rund 50 Milliarden Mark im Jahr ausgeben würden?

Vor 40 Jahren war Schmalhans Küchenmeister. Heute sind unsere Geschäfte voll mit erlesenen Delikatessen, nicht nur aus der EG, sondern aus aller Herren Länder.

Wohlstand für alle: Dieses Ziel der CDU aus den fünfziger Jahren ist heute für den überwiegenden Teil unserer Bevölkerung erreicht. Wir haben die

höchsten Löhne, die meiste Freizeit und eines der besten sozialen Sicherungssysteme der Welt. Wer hätte davon vor 40 Jahren zu träumen gewagt, als am 21. Juni 1948 mit der Währungsreform die Deutsche Mark eingeführt wurde, heute eines der begehrtesten Zahlungsmittel der Welt?

Heute blicken wir auf eine außerordentlich erfolgreiche Phase deutscher Geschichte zurück, in der wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Veränderungen sich häufig in atemberaubendem Tempo vollzogen haben. Das Gesicht unseres Landes hat sich in dieser Zeit erstaunlich rasch gewandelt, sei es in der Mode, in den Medien, in unserem Zusammenleben, im Erscheinungsbild unserer Städte und Dörfer.

Forschung und Technologie ermöglichen Fortschritt in immer kürzeren Abständen: Mikrochips, Computer, Satelliten und Telekommunikation sind heute Begriffe, mit denen schon Kinder ganz selbstverständlich umgehen. „Made in Germany“ ist weltweit gefragt, wenn es um Qualität geht. In Naturwissenschaft und Forschung haben wir wieder Anschluß an die Weltpitze erlangt. Erinnert sei hier nur an die Nobelpreistäger Bednorz, Binnig, Köhler, von Klitzing und die drei diesjährigen Physik-Preisträger Huber, Deisenhofer und Michel.

Wir haben Anlaß, heute über diese 40 Jahre nachzudenken — mit Stolz auf das Erreichte und im Vertrauen darauf, daß wir die Herausforderungen der Zukunft bestehen können, wenn wir die Grundlagen der Erfolge erhalten und ausbauen:

- das Grundgesetz, die freiheitlichste Verfassung, die wir je auf deutschem Boden hatten,
- die Soziale Marktwirtschaft, ein bewährtes wirtschaftliches und soziales Modell mit Zukunft,
- eine Außenpolitik des Friedens und der Freiheit.

## I. Rückblick: Wiederaufstieg aus bitterer Not

Das gemeinsam Erreichte kann nur der richtig würdigen, der sich ein Bild von dem Elend, der Not und Zerstörung macht, die Deutschland und weite Teile Europas nach dem Krieg kennzeichneten. Als die Waffen schwiegen, lasteten etwa 400 Mio. m<sup>3</sup> Schutt auf Deutschland. In Düsseldorf zum Beispiel waren 98 % der Wohnungen unbewohnbar.

Über 14 Millionen Deutsche waren von Flucht, Ausweisung, Vertreibung oder Zwangsumsiedlung betroffen; sie mußten eine neue Heimat finden und

versuchen, sich eine neue Existenz aufzubauen. Besonders der harte Hungerwinter 1947/48 hinterließ furchtbare Spuren. Das soziale Elend der Nachkriegsjahre war unbeschreiblich.

Schwer wog auch die moralische Last, die nach den Jahren der Diktatur auf den Deutschen lag, als das ganze Ausmaß der Verbrechen der Nationalsozialisten öffentlich bekannt wurde. Der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Theodor Heuss, hat das so ausgedrückt: „Etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat — und er hat uns viel angetan —, ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen.“

Würde ein Wiederaufbau, materiell, aber auch geistig, überhaupt möglich sein? Der amerikanische General und spätere Präsident Dwight D. Eisenhower sagte 1945: „Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als normal empfinden. Die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können — dies wird Deutschland nie wieder erreichen.“

Die Entwicklung hat Eisenhower widerlegt: Noch nie sind wir Deutschen dem Ziel einer gerechten und humanen Ordnung des Zusammenlebens so nahe gekommen wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat vielfältige Ursachen.

Die ungeheure Not zwang alle zum Anpacken. Fleiß und Ideenreichtum setzten ungeahnte Kräfte frei. Gerade die Frauen vollbrachten Unvorstellbares; als „Trümmerfrauen“ mußten sie leisten, was die gefallenen oder gefangenen Männer nicht leisten konnten.

Auch die einstigen Gegner, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, halfen. Die älteren unter uns erinnern sich noch dankbar der Care-Pakete oder der Schulspeisung in den drei Westzonen, durch die 1949 über fünf Millionen Kinder und Jugendliche mit täglich einer Mahlzeit versorgt werden konnten.

Und schließlich wurden bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland die richtigen Konsequenzen aus dem Niedergang der Weimarer Republik, aus der nationalsozialistischen Tyrannie und aus dem völligen Zusammenbruch nach dem Kriegsende gezogen.

## II. Das Grundgesetz zieht Lehren aus der Geschichte

Wer kann heute noch ermessen, welche historische Zäsur in der deutschen Verfassungsgeschichte das Grundgesetz bedeutet? Zwei vorangegangene demokratische Versuche waren entweder steckengeblieben, wie die Paulskirchenverfassung 1848, oder schon nach 12 Jahren gescheitert, wie die Weimarer Republik. Wer kann heute bei uns noch ermessen, was die Feststellung bedeutet: Wir leben in einer gesicherten und stabilen Demokratie? Die bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland Fünfundvierzigjährigen hatten ihre Jugend noch im obrigkeitstaatlichen Kaiserreich, die Dreißigjährigen in der krisengeschüttelten Weimarer Republik und die Fünfzehnjährigen hatten ihre Jugend unter der nationalsozialistischen Diktatur und im Zweiten Weltkrieg verbracht. Die heute Fünfundvierzigjährigen haben nie etwas anderes erlebt als den demokratischen Staat. Es ist deshalb nicht überflüssig, in Erinnerung zu rufen, was das entscheidend Neue am Grundgesetz war und welche Voraussetzungen dafür notwendig waren, daß wir heute in einem freiheitlichen demokratischen und humanen Rechtsstaat leben können.

Am Anfang der Bundesrepublik Deutschland stand der gemeinsame Wille aller Demokraten, aus der Geschichte zu lernen. Dieser Wille bestimmte den Geist des Bonner Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hat das in seiner Entscheidung vom 25. Februar 1975 so ausgedrückt: „Dem Grundgesetz liegen Prinzipien der Staatsgestaltung zugrunde, die sich nur aus der geschichtlichen Erfahrung und der geistig sittlichen Auseinandersetzung mit dem vorangegangenen System des Nationalsozialismus erklären lassen. Gegenüber der Allmacht des totalitären Staates, der schrankenlose Herrschaft über alle Bereiche des sozialen Lebens für sich beansprucht und dem bei der Verfolgung seiner Staatsziele die Rücksicht auch auf das Leben des einzelnen grundsätzlich nichts bedeutet, hat das Grundgesetz eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet, die den einzelnen Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt all seiner Regelungen stellt.“

Bereits im ersten Artikel des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Es folgen — ganz bewußt an den Anfang des Grundgesetzes gestellt — die einzelnen Grundrechte. Dies war eine bahnbrechende Neuerung. In der Reichsverfassung von 1871 kamen Grundrechte überhaupt nicht vor. In der Verfassung der Weimarer Republik sind die Grundrechte ohne eigene rechtliche Verbindlichkeit. Politische

Freiheitsrechte, um die in vielen Ländern der Erde schwer gerungen wird, sind in der Bundesrepublik Deutschland zur Selbstverständlichkeit geworden. Dazu gehören die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit, Gewerkschaften, Parteien und Verbände zu gründen, und die umfassende rechtsstaatliche Bindung jeder staatlichen Gewalt.

Die Weimarer Republik ist auch deshalb zugrunde gegangen, weil es zu wenige Demokraten gab und weil die Verfassung keinen hinlänglichen Schutz gegen antidemokratische Kräfte im Innern bot. Deshalb sollte der neue Staat nicht wehrlos sein; Bonn sollte nicht Weimar werden. Artikel 79 des Grundgesetzes legt ausdrücklich fest, daß die Verpflichtung staatlicher Gewalt auf die Achtung und den Schutz menschlicher Würde nicht angetastet, daß aber auch die Struktur der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat, als demokratischer und sozialer Bundesstaat nicht verändert werden darf.

Zahllose Opfer der Verfolgung durch die nationalsozialistische Tyrannie hatten im Ausland einen Zufluchtsort gefunden, viele hatten aber auch vor verschlossenen Türen gestanden. In Artikel 16 des Grundgesetzes haben wir daraus mit dem Asylrecht die Lehre gezogen. Dieses Asylrecht darf auch in Zukunft nicht ausgehöhlt werden.

Wenn wir heute Menschenrechte, Freiheit und Demokratie wie selbstverständlich genießen, dann muß dies auch für die 200.000 Aussiedler gelten, die in diesem Jahr zu uns kommen. Sie sind Deutsche wie wir. Weil sie an ihrem Deutschtum festgehalten haben, wurden sie in Rumänien, in der Sowjetunion und in Polen häufig unterdrückt und diskriminiert. Sie haben ein Recht, zu uns zu kommen, und wir haben die Pflicht, ihnen zu helfen. Sie sind uns herzlich willkommen. Noch immer leben deutsche Minderheiten in osteuropäischen Staaten. Wenn sie heute wie zum Beispiel in Rumänien unterdrückt werden, dann ist es unsere Pflicht, hier im freien Teil Deutschlands gegen diese Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu protestieren. Diese Deutschen brauchen unsere Solidarität.

Der neue Staat Bundesrepublik Deutschland sollte ein Staat des Friedens und der Völkerverständigung sein. Die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit stand im Vordergrund. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts wurden zum unmittelbaren Bestandteil des Bundesrechts erklärt. Artikel 26 des Grundgesetzes gebietet es, solche Handlungen unter Strafe zu stellen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören.

Neu in unserem Grundgesetz und von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die politische Stabilität der jungen Demokratie war auch das Bekenntnis

zur parteienstaatlichen Ordnung (Art. 21). Die politischen Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Staates. Sie erfüllen eine öffentliche Aufgabe, die ihnen nach dem Grundgesetz obliegt und von ihm verbürgt wird. Bei aller Kritik, die heute oft wohlfeil an den Parteien geübt wird, muß man rückschauend sagen: Die Parteien haben sich — anders als in der Weimarer Republik — in der Bundesrepublik Deutschland als gestaltende Kräfte bewährt. Sie haben die freie politische Willensbildung des Volkes getragen, sie haben Interessengegensätze ausgeglichen, sie haben ihre Fähigkeit zum demokratischen Machtwechsel unter Beweis gestellt. Bei aller Auseinandersetzung in der Sache verbindet die politischen Parteien ein gemeinsamer demokratischer Grundkonsens.

Ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Konsens war auch der neue, in Weimar noch unbekannte Gedanke der Volkspartei, von dem sich die CDU bei ihrer Gründung leiten ließ. Als Partei völlig neuen Typs wollte die CDU nicht die Partei bestimmter Klassen oder sozialer Schichten sein, sondern Menschen aus allen Schichten und Konfessionen zusammenführen. Sie machte damit — ebenso wie die Gründung der Einheitsgewerkschaft, die die weltanschauliche Zersplitterung der Arbeiterschaft überwand — jenes partnerschaftliche Miteinander möglich, das für den Wiederaufbau unerlässlich war.

Das Grundgesetz entstand aus dem gemeinsamen Wirken aller Demokraten. Die CDU hatte daran großen Anteil — vor allem in der Person des Präsidenten des Parlamentarischen Rates und späteren ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer.

### **III. Der Beitrag der Christlich Demokratischen Union**

27 Jahre prägten CDU-geführte Bundesregierungen und CDU-Bundeskanzler das Gesicht dieses Landes: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und seit 1982 Helmut Kohl. Die Programmatik der CDU — die Idee der an sittliche Werte gebundenen Freiheit des einzelnen und seiner Menschenwürde — bestimmte die Erneuerung Deutschlands und den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Diese Idee der verantworteten Freiheit fand ihre konsequente Ausprägung vor allem in der Sozialen Marktwirtschaft und in der Integration in der Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien.

## **1. Soziale Marktwirtschaft: ein wirtschaftliches und gesellschaftspolitisches Zukunftsmodell**

Die Soziale Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard, der Wirtschaftsminister Konrad Adenauers und spätere Bundeskanzler, durchgesetzt hat, ermöglichte den gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes.

Als einzige Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft auch den heutigen und künftigen Herausforderungen unseres Landes gewachsen. Dazu gehören neue technische Möglichkeiten, Schonung der natürlichen Umwelt, neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen, aber auch neue Wertorientierungen. Neue Anforderungen stellen sich uns auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie durch Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen und durch das Nord-Süd-Gefälle.

Auch angesichts dieser Herausforderungen müssen persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand, Arbeit und sozialer Fortschritt für alle gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen in Zukunft vor allem die grundlegenden ordnungspolitischen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Dazu gehören:

- Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, der Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;
- Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

### **Soziale Marktwirtschaft: Voraussetzung für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit**

Die Soziale Marktwirtschaft hat den Freiheitsspielraum des einzelnen erweitert. Sie hat daher auch Erwartungen ausgelöst, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen. Die Menschen beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum lässt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnerfüllte Aufgabe zu haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist.

Die Soziale Marktwirtschaft hat die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen mit dem notwendigen sozialen Ausgleich verbunden. So konnten Kräfte für den Wiederaufbau geweckt und gleichzeitig soziale Konflikte entschärft werden. Der Erfolg war außerordentlich und dauerhaft:

In den Jahren 1950 bis 1958 betrug die jährliche reale Steigerung des Bruttosozialproduktes 7,9 %. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg von 13,9 Millionen auf 18,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote sank von 11 auf 3,7 %. Der Nettorealverdienst des Arbeitnehmers stieg jahresdurchschnittlich um 5,3 %. 500.000 Wohnungen wurden jährlich gebaut, und die Sozialleistungen pro Einwohner erhöhten sich von 308 auf 763 Mark.

Mit einer modernen Sozialpolitik begann die CDU, die Grundwerte Solidarität und soziale Gerechtigkeit in die Praxis umzusetzen; sie überwand damit nicht nur den alten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern schuf ein weltweit vorbildliches System der sozialen Sicherung für alle. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie vom Mai 1951 und das Betriebsverfassungsgesetz vom Oktober 1952 haben den Grundstein für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Kapitaleignern gelegt. Mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (seit 1950) wurde es Arbeitern erleichtert, Eigentum zu bilden, und damit eine Voraussetzung für persönliche Entscheidungsfreiheit geschaffen. Der Familienlastenausgleich und die Einführung der dynamischen Rente im Frühjahr 1957, das Bundessozialhilfegesetz vom Januar 1961 und das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle aus dem Jahr 1969 haben das Netz der sozialen Sicherheit für den einzelnen Bürger fester geknüpft.

So erhielt die Bundesrepublik Deutschland bereits in den ersten Jahren eine Prägung als Sozialstaat, der über die rechtsstaatliche Gewährleistung von Grundrechten hinaus die sozialen und materiellen Voraussetzungen für deren Wahrnehmung durch alle Bürger schaffte. Die erfolgreiche politische Umsetzung dieses Sozialstaatsgedankens ist der wesentliche deutsche Beitrag zur Weiterentwicklung des Staats- und Verfassungsmodells der westlichen Demokratien. Soziale Marktwirtschaft ist zum Vorbild für Europa und die Welt geworden.

## **2. Integration in die Wertegemeinschaft des Westens**

Wenn wir heute auf 40 Jahre Frieden und Freiheit zurückblicken, so ist dies das Ergebnis einer Außenpolitik, die aus der Geschichte gelernt hat.

Es sind vor allem vier Grundeinsichten, die das außenpolitische Handeln Konrad Adenauers bestimmten und die bis heute gelten:

**Erstens:** Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muß eindeutig und berechenbar sein. Deshalb war 1952 die Entscheidung der Regierung Helmut

Kohl, am NATO-Nachrüstungsbeschuß festzuhalten, von historischer Tragweite. Sie stellte die Bundesrepublik Deutschland wieder fest an die Seite der westlichen Bündnispartner und war die Voraussetzung dafür, daß ein völlig neues Kapitel in den Abrüstungsverhandlungen zwischen West und Ost aufgeschlagen werden konnte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen werden funktionsfähige Raketen abgebaut, gibt es weniger Atomwaffen in der Welt.

**Zweitens:** Die Einsicht und der Wunsch „nie wieder Krieg von deutschem Boden — nie wieder Diktatur auf deutschem Boden“, die Bewahrung der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes, die Achtung der Menschenrechte und die Sicherung von Frieden und Freiheit waren nur möglich in der Gemeinsamkeit mit den Demokratien des Westens.

„Deutschland ist ein Teil des Westens, seiner geistigen und sozialen Struktur, seiner geschichtlichen Traditionen und dem Willen seiner Bevölkerung nach.“ Diese Einsicht Konrad Adenauers prägte die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an. Deshalb sind die besondere Freundschaft mit dem amerikanischen Volk, der Eintritt in die NATO, der uns die außen- und sicherheitspolitische Souveränität und Gleichberechtigung brachte, und eine konsequente europäische Einigungspolitik unverrückbare Grundlagen deutscher und christlich-demokratischer Außenpolitik.

Die europäische Einigung ist eine Aufgabe, der wir uns vor allem als Christliche Demokraten verpflichtet fühlen; denn vor allen anderen haben Christliche Demokraten dieses Einigungswerk begonnen: Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Robert Schuman.

Wenn wir 1989 zum dritten Mal direkt ein Europäisches Parlament wählen und vor der Vollendung des Binnenmarktes im Jahre 1992 stehen, dann können wir uns kaum noch die historische Tragweite dieser europäischen Einigungspolitik Konrad Adenauers verdeutlichen. Vielleicht geht es manchem heute nicht schnell genug mit der europäischen Einigung, aber heute ist Westeuropa eine Region des Friedens und der Stabilität in der Welt. Die EG hat allen Mitgliedstaaten Vorteile gebracht, Spanien, Portugal und Griechenland beispielsweise nicht nur wirtschaftlichen Fortschritt, sondern auch stabile Demokratien.

Krieg zwischen den Ländern der EG ist heute undenkbar. Was das bedeutet, kann man nur angesichts der Tatsache ermessen, daß allein in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege Europa zerstört haben und seit 1945 rund 140 Kriege in der Welt geführt wurden.

**Drittens:** Krieg und Gewalt dürfen keine Mittel der Politik sein. Deutsche Politik muß Friedenspolitik sein. Dazu gehört vor allem die Aussöhnung mit den Opfern des Nationalsozialismus. Historische Bedeutung erlangte die Begegnung Konrad Adenauers mit dem großen israelischen Staatsmann Ben Gurion, die zur Übernahme der Verpflichtung zu Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel im Mai 1965 führte.

Anfang dieses Jahres haben wir das 25jährige Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages gefeiert, den Konrad Adenauer und Charles de Gaulles geschlossen haben. Können sich heute vor allem die Jüngeren von uns, die ihren Urlaub in Frankreich verbringen und ohne Kontrolle über Grenzen reisen, überhaupt noch vorstellen, daß es jemals eine „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschen und Franzosen gegeben hat, daß Hunderttausende von jungen Deutschen und Franzosen auf den Schlachtfeldern Europas gegeneinander kämpften und starben?

1.300 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten zeigen tagtäglich, daß die Versöhnung gelungen und weit über die Zusammenarbeit der Regierungen hinaus im Denken und Fühlen der Menschen verwurzelt ist, ein Aussöhnungswerk, das in der Geschichte wohl einmalig ist. Die Versöhnungsgeste von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Präsidenten François Mitterrand über den Gräbern von Verdun im Jahre 1984 ist ein Signal der Hoffnung für die Völker der ganzen Welt, daß Aussöhnung und Frieden möglich sind.

**Viertens:** Der West-Ost-Dialog ist für uns Deutsche eine existentielle Zukunftsfrage. Die Entscheidung für die West-Bindung bildete von Anfang an das Fundament für die politische Verständigung und den Dialog mit unseren Nachbarn im Osten. Bereits Konrad Adenauer wußte, daß wir Deutschen aufgrund historischer Erfahrungen und auch wegen der Grenze, die mitten durch unser Vaterland geht und ganz Europa teilt, eine besondere Verantwortung für die Verständigung und Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten tragen.

Schon 1955 kam es während des Besuches von Konrad Adenauer in Moskau zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Indem er die Freilassung von mehr als 10.000 deutschen Kriegsgefangenen, Internierten und Zivilverschleppten erreichte, rückte Konrad Adenauer den entscheidenden Gesichtspunkt in den Mittelpunkt der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Verständigung und Ausgleich müssen zu konkreten Fortschritten für die Menschen führen.

Dies gilt auch heute noch für den von der Regierung Helmut Kohl verfolgten Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten in Ost- und Südosteuropa.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute ein Staat mit internationalem Gewicht. Das bringt auch weltpolitische Verantwortung mit sich. Dazu gehört beispielsweise unser Einsatz für die Menschenrechte weltweit, in Chile, in Südafrika ebenso wie in allen osteuropäischen Staaten. Dazu gehört aber auch, daß wir bereit sind zum Teilen. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eines der reichsten Länder der Welt. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, die Not in der Welt zu lindern, Hunger, Krankheit, Analphabetentum und Unterentwicklung zu bekämpfen.

Diese weltpolitische Verantwortung ist nicht bequem und bürdet uns auch Lasten auf. Aber wir dürfen uns dieser Verantwortung nicht entziehen: 40 Jahre in Frieden und Freiheit und ein Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit sind nicht nur ein Privileg, sondern vor allem eine Verpflichtung.

## **IV. Ausblick: Die Herausforderungen der Zukunft annehmen**

Wenn wir die bisherige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland betrachten, wenn wir stolz sind auf das Erreichte, so wollen wir dabei nicht außer acht lassen, daß wir auch weiterhin vor wichtigen Aufgaben stehen:

### **1. Umweltschutz**

Deutlicher als in den Jahren des Wiederaufbaus haben wir heute erkannt, daß der Mensch sein Handeln stärker am Erhalt der gesamten Schöpfung, an den natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens ausrichten muß. Mit seinen enorm gewachsenen Mitteln kann der Mensch die Natur bewahren und gestalten, aber ihr ebenso Schaden zufügen oder sie sogar zerstören. Wir wollen den Erhalt der natürlichen Umwelt mit den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft verbinden, wir wollen Spitzentechnologien in den Dienst des Umweltschutzes stellen.

Bei der Großfeuerungsanlagenverordnung, der Technischen Anleitung Luft, beim Katalysator, beim bleifreien Benzin und bei der Abfallbeseitigung sind bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden. Das bei uns Erreichte muß aber auch bei unseren Nachbarn umgesetzt werden, da Umweltbelastungen nicht vor Grenzen halt machen. Daher der hartnäckige Einsatz der Regierung

Helmut Kohl auf vielen internationalen Konferenzen — etwa zum Schutz der Nordsee. Schon heute gelten wir als Vorreiter für den Umweltschutz in Europa.

Darüber hinaus dient unsere Umweltschutzpolitik aber auch dem weltweiten Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen unsere Entwicklungspolitik verstärkt nutzen, Entwicklungsländern beim umweltschonenden Umgang mit eigenen Ressourcen — etwa aus den Regenwäldern — zu helfen.

## **2. Gleichberechtigung der Frau in Familie, Beruf und Politik**

Unzureichend erfüllt ist immer noch Art. 3 des Grundgesetzes, also die Gleichberechtigung von Frauen in Politik, Gesellschaft, Familie und Beruf. Gleichberechtigung heißt nicht nur Abbau jeder Diskriminierung und Abkehr von überholten Rollenbildern, sondern setzt Veränderungen in vielen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens voraus, etwa bei den Arbeitszeitregelungen, den Öffnungszeiten von Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen, aber auch Hilfen zur Rückkehr in den Beruf nach einer Zeit der ausschließlichen Familienarbeit und eine bessere Anerkennung dieser Familienarbeit, etwa in der Rentenversicherung.

## **3. Umbau des Sozialstaates**

Sozialer Fortschritt wurde in der Vergangenheit vor allem gleichgesetzt mit leistungsbezogener Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Mitbestimmung. Nach den Zeiten der Festigung des sozialen Netzes geht es jetzt um den Umbau des Sozialstaates. Dieser Umbau muß die Strukturelemente unserer erfolgreichen Sozialpolitik bewahren, aber neue Elemente hinzufügen, zum Beispiel ehrenamtliches Engagement und bessere Berücksichtigung derer, die keine starken Interessenverbände hinter sich haben. Die Mittel müssen auf diejenigen konzentriert werden, die wirklich Hilfe brauchen.

Ein solcher Umbau des Sozialstaates wird aber von uns den Mut fordern, überholte Besitzstände in Frage zu stellen. Es wird sich zeigen, ob wir die Kraft haben, auch gegen organisierte Widerstände denjenigen zu helfen, die unsere Hilfe am nötigsten brauchen. Gruppen und Verbände müssen deutlich machen, ob ihre Ziele weiterhin die frühere soziale Berechtigung besitzen. Wenn wir nicht überkommene Besitzstände in Frage stellen, können wir neue soziale Probleme nur schwer lösen. Mit ständig steigenden Sozialausgaben allein erreichen wir nicht unbedingt mehr soziale Gerechtigkeit.

Was wir also brauchen, ist ein Umbau unseres Sozialstaates. Es ist deshalb richtig, daß bei den großen Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode eine neue Gewichtung der Familienpolitik erfolgt. Die Einführung von weiteren rentenbegründenden und rentenerhöhenden Kindererziehungsjahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung ist ein wesentlicher Markstein bei der Neuorientierung unseres Sozialstaates. In diesen Zusammenhang gehören auch die Überlegungen zur rentenbegründenden und rentenerhöhenden Berücksichtigung der nicht berufsmäßigen Pflege. Das zweite große Reformwerk, nämlich die Strukturreform im Gesundheitswesen, setzt sieben Milliarden Mark für die häusliche Pflege frei und leistet damit einen fundamentalen Beitrag zu mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft.

Ehrenamtliches Engagement, Leistungen in der Familie, soziales Engagement im weitesten Sinne, sind auch Arbeit. Wenn wir es schaffen, immer mehr Menschen in einer zunehmenden Wohlstands- und Freizeitgesellschaft für solche Aufgaben zu motivieren, dann wird es uns auch gelingen, unserer Gesellschaft menschlichere Züge zu verleihen.

#### **4. Unsere Aufgabe heute: Die deutsche Wirtschaft für das Jahr 2000 vorbereiten**

Der rasche Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft wird auch in unserer Arbeitswelt sichtbar: Wer gestern noch am Hochofen stand, kann morgen schon an einem Computerterminal arbeiten. Wer gestern noch in einer Lackiererei giftigen Dämpfen ausgesetzt war, überwacht morgen vielleicht den gleichen Produktionsprozeß am elektronischen Steuerungsgerät. Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt in den modernen Technologien.

Wenn wir im internationalen Wettbewerb weiter an der Spitze stehen wollen, muß uns mehr einfallen als anderen. Deutschland ist kein Rohstoffland. Es lebt vom Einfallsreichtum, der guten Ausbildung und dem Fleiß seiner Menschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein exportabhängiges Land: Jeder fünfte Arbeitsplatz bei uns hängt vom Export ab. Deshalb müssen wir auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig bleiben. Allein in der Biotechnologie wird für das Jahr 2000 ein Markt von 50 bis 200 Milliarden Dollar erwartet. Am Milliarden-Dollar-Spiel um die Mikrochips werden wir in der Konkurrenz mit den Japanern und Amerikanern nur teilnehmen, wenn wir weiterhin technische Spitzenprodukte herstellen. So dürfen wir zum Beispiel den Anschluß an die weltweite Entwicklung im Fernmeldewesen nicht verlieren. Schon deshalb ist die Postreform, die wir in dieser Legislaturperiode durchführen, eine so wichtige Zukunftsaufgabe.

Wer heute den Strukturwandel verhindert, der erhält heute möglicherweise einen Arbeitsplatz; doch morgen können dadurch zehn andere verlorengehen. Wir sehen die Schwierigkeiten alter Industriestandorte, zum Beispiel an der Ruhr. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht durch den Strukturwandel entstanden, sondern weil der Strukturwandel dort zu lange verhindert wurde. Wir wollen den Strukturwandel menschlich gestalten, und deshalb wird die notleidende Montanindustrie unterstützt. Vor allem aber müssen wir unsere Wirtschaft modernisieren, um unser Land für das Jahr 2000 vorzubereiten.

### **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft**

Seit 1982 haben wir mit einer Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft begonnen, um unser Land für den internationalen Wettbewerb der Zukunft zu rüsten. Ein wichtiger Schritt dazu war die Steuerreform.

Die Steuerreform trägt entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. In allen drei Stufen zusammen vermindert sie die steuerliche Belastung der Bürger um insgesamt fast 50 Milliarden Mark. Damit wird Kaufkraft freigesetzt, so erhält der Aufschwung neue Schubkraft. Die Steuerreform macht unser Steuersystem einfacher und gerechter. Sie entlastet unsere Unternehmen und macht sie wettbewerbsfähiger. Und vor allem hilft sie den Familien. Mit den Verbesserungen im Familienlastenausgleich beginnen wir den unhaltbaren Zustand zu korrigieren, daß gerade kinderreiche Familien bisher an der allgemeinen Wohlstandssteigerung keinen angemessenen Anteil haben. Daneben stehen weitere wichtige familienpolitische Maßnahmen wie die Kindergelderhöhung, das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub sowie die Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente.

### **5. Der Europäische Binnenmarkt: Chance für mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze**

Der Europäische Binnenmarkt, der 1992 vollendet werden soll, muß verstärkt in das Bewußtsein von Unternehmern und Arbeitnehmern gerückt werden. Mit dem Datum 1992 verbindet sich die größte Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung und für die Bundesrepublik Deutschland die größte Chance seit der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard. Der Europäische Binnenmarkt wird der größte einheitliche Wirtschaftsraum der westlichen Welt mit über 320 Millionen Verbrauchern. Das bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland neue Investitionen, neue Märkte, neue Wachstumskräfte; das bedeutet gleichzeitig mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze und eine solide Grundlage

für unser System der sozialen Sicherung. Deshalb brauchen auch wir eine Aufbruchstimmung, wie sie schon heute in Spanien oder in Frankreich zu spüren ist.

Doch der Europäische Binnenmarkt hat nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sondern mit dem Zusammenwachsen der 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu einem Markt ohne Binnengrenzen verbinden sich auch Aufgaben, die dem weltpolitischen Gewicht Europas entsprechen und über Europa hinausreichen: Das geeinte Europa muß einen Beitrag zum besseren Funktionieren des Weltwirtschaftssystems und zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise leisten. Europa wird die Chance haben, bei der Erhaltung des Friedens überall auf der Welt gemeinsam mitzuwirken. Europa wird als größte Wirtschaftskraft der Welt auch gemeinsam gegen Hunger, Krankheit und Elend in der Welt angehen müssen. Und Europa wird schließlich zu einer großen Umweltschutzmehrheit zusammenwachsen müssen, um dieser und künftigen Generationen eine intakte Natur erhalten zu können.

Der Europäische Binnenmarkt wird also weit in andere politische Bereiche hineinwirken und auch dort zu Veränderungen führen. Der Präsident der Europäischen Kommission, der Franzose Jacques Delors, hat das so ausgedrückt: „Nur durch wirtschaftliche Macht und politische Geschlossenheit wird die Gemeinschaft attraktiv genug bleiben, um ihren Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas zu leisten. Nur so können wir eine beispielhafte Zone des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands schaffen.“

## 6. In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden

Ein Ausblick auf die Zukunft wäre unvollständig, wenn wir nicht eingestehen, daß der zentrale Auftrag des Grundgesetzes: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, bis heute unerfüllt ist.

Noch immer ist unser Vaterland geteilt, und noch immer muß das deutsche Volk gegen seinen Willen staatlich getrennt leben. Die Deutschen sind nicht bereit, sich mit dieser Trennung abzufinden. Gerade die Menschen in der DDR haben den Willen zur Freiheit und Einheit immer wieder deutlich gemacht. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war Ausdruck dieser Sehnsucht nach Freiheit und Einheit. Mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 haben die Machthaber in der DDR selbst unfreiwillig anerkannt, daß dieser Wille

ungebrochen ist. Die Deutschen werden sich mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl niemals abfinden.

Wer das gesamtdeutsche Bewußtsein und den Willen zur nationalen Einheit stärken will, muß sich vor allem dafür einsetzen, daß die Menschen im geteilten Deutschland einander näher kommen können. Darauf ist unsere Politik für mehr menschliche Erleichterung gerichtet. Noch niemals reisten so viele Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, darunter erfreulich viele Menschen unterhalb des Rentenalters. In der Kultur-, Umweltschutz- und Verkehrspolitik gibt es wichtige Fortschritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen.

Deutschlandpolitik bleibt für uns auch im vierzigsten Jahr der Bundesrepublik Deutschland verantwortliches Handeln im Sinne jener Deutschen, denen bis heute das Selbstbestimmungsrecht verwehrt wird. Unsere Politik läßt sich auch weiterhin von dem Aufruf leiten: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“